

KENIA

Die Toten von Kiambaa

In Nairobi versuchen internationale Vermittler, Präsident Kibaki zu einem Kompromiss mit der Opposition zu bewegen. Offenkundige Wahlfälschungen hatten zu Pogromen und ethnischen Säuberungen geführt. Hunderttausende sind auf der Flucht.



Opfer Githuthwa

„Wir wussten, das ist unser Ende“

Es war mittags, gegen zwölf, die Äquatortonne stand hoch über Kiambaa, da hörten die Menschen, die auf dem Gelände der kleinen Kirche Zuflucht gesucht hatten, den Gesang von Kriegsliedern. Er kam aus zwei Richtungen, er wurde lauter, er wurde deutlicher. Sie sahen die erste Gruppe: Es waren Hunderte junger Männer, sie trugen Macheten, Speere, Pfeil und Bogen. Da ahnten sie, welche Prüfung ihnen bevorstand. Sie flüchteten in das aus Lehm gebaute Gotteshaus, knieten nieder und beteten. Es wurde still.

Grace Githuthwa war unter ihnen, die dreijährige Tochter Miriam fest im Arm. Als die ersten Steine und Pfeile flogen, kam Panik auf. „Wir wussten, das ist unser Ende“, sagt die 30-Jährige. Machetenhiebe zerhackten das morsche Holz der Türen, Steine und Pfeile flogen ins Haus. Während die Männer ins Freie flüchteten und dort von Kämpfern mit Macheten zerstückelt wurden, harrierten die Frauen und Kinder in der Tiefe der Kirche auf mitgebrachten Matratzen aus. Die Angreifer übergossen die Schlaflager mit Benzin und zündeten sie an, die Tür aber verrammelten sie.

Grace Githuthwa rettete sich mit Tochter Miriam durch ein Fenster. Doch draußen empfing sie ein grölender Mob. Einer der Männer entriss ihr das Kind, nahm es und schleuderte es in die Flammen. Githuthwa sah nicht mehr zurück, sie rannte um ihr Leben, und sie schaffte es – aber ohne ihre Tochter.

Das Massaker, das sich vorige Woche in der Nähe der kenianischen Gebirgsstadt Eldoret ereignete, war der vorläufige Höhepunkt jener ethnischen Gewalt, die Kenia seit Tagen erschüttert. Ausgelöst wurde sie von der offenkundig manipulierten Präsidentenwahl am 27. Dezember. Seither versucht sich die internationale Gemeinschaft in hektischem Krisenmanagement.

Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon telefonierte Freitag vergangener Woche mit Staatschef Mwai Kibaki wie auch mit dem unterlegenen Oppositionsführer Raila Odinga. Er forderte beide Kontrahenten auf, die „Rückkehr zu Ruhe und Normalität“ zu sichern.

Ghanas Präsident John Kufuor, zugleich Chef der Afrikanischen Union, kündigte eigene Vermittlungsbemühungen an und griff ebenfalls zum Telefon. „Wir sind sehr erpicht darauf, den Frieden in unserem Schwesterland wiederherzustellen“, verkündete sein Außenminister.

Der südafrikanische Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu war bereits seit Donnerstag vor Ort, er rief im „Africa Council of Churches“ in Nairobi ebenfalls zum Frieden auf: „Wir hatten in Südafrika eine ähnlich aussichtslose Situation, und wir haben sie gemeistert. Alle Seiten müssen jetzt aufeinander zugehen.“

Doch Präsident Kibaki wollte von einem Einlenken lange Zeit nichts wissen. Während er dem Chef der Afrikanischen Union bis zu Beginn des Wochenendes die Reise nach Nairobi noch verweigerte, ließ er sich Freitag immerhin auf ein Treffen mit Tutu ein. Am Abend erklärte der Staatschef, er sei zu einer Neuwahl bereit – wenn ein Gericht das anordnen würde. Wie ernst das gemeint war, stand zu diesem Zeitpunkt dahin: Kenias Richter sind handverlesen, sie werden vom Präsidenten kontrolliert.

Vereidigung von Präsident Kibaki
Wahlsieg ein „ziviler Putsch“



Anhänger von Oppositionsführer Odinga (nahe

Der Gewaltausbruch der letzten Tage in Kenia ist nicht nur die Folge von Wahlfälschung – auch Stammesrivalitäten, soziale Deklassierung ganzer Volksgruppen und schamloser Machtmissbrauch haben in das blutige Desaster geführt. Kibaki führt ein hochgradig korruptes Kabinett, dessen Schlüsselpositionen fast ausschließlich Kikuyu besetzen. Die Kikuyu sind zwar die größte Volksgruppe Kenias, aber sie re-





THELO THIEKE / DER SPIEGEL (O.); SIMON MAINA / AFP (U.)

Eldoret): Seit Jahrzehnten politisch diskriminiert und sozial deklassiert

präsentieren nur gut 20 Prozent der Bevölkerung. Seit Jahrzehnten dominieren sie das Land: Sie bekommen die besten Jobs, die besten Straßen in ihren Gebieten, die beste Gesundheitsversorgung. Schon Staatsgründer Jomo Kenyatta war Kikuyu. Mwai Kibaki, sein Nachfolger, ist es auch.

Dass die Präsidentenwahl eine Farce gewesen ist, bestätigte auch die europäische Beobachtermission, die vom deutschen FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff geleitet wurde. Sie nannte den Urnengang „internationalen demokratischen Standards nicht entsprechend und zweifelhaft“. In mindestens einem Wahlbüro soll die Beteiligung bei 115 Prozent gelegen haben. Und in mindestens zwei Kreisen lautete das Ergebnis nach der Zählung vor Ort völlig anders, als später von der kenianischen Wahlkommission in der Hauptstadt Nairobi verkündet. Jedes Mal fiel die Änderung zugunsten des Präsidenten aus.

Herausforderer Odinga bezichtigte Kibaki umgehend der Wahlfälschung. Deut-

liches Indiz dafür sei die Tatsache, dass sein „Orange Democratic Movement“ die Parlamentswahl, die am selben Tag stattfand, haushoch gewonnen habe.

Die Urnen für beide Abstimmungen standen in den Wahllokalen dicht beieinander: Sehr unwahrscheinlich, dass die Kenianer auf dem Wahlzettel fürs Parlament ihr Kreuz hinter einer anderen Partei gemacht haben als auf jenem Zettel, mit dem über die Präsidentschaft abzustimmen war. In letzterer Urne aber war merkwürdigerweise meist der Name Kibaki angekreuzt. Lag während der Auszählung Herausforderer Odinga mit zeitweise über einer Million Stimmen vorn, so schlug das Pendel plötzlich in ein Plus von 232.000 Stimmen für Kibaki um.

Raila Odinga ist Luo. Die Luo repräsentieren gut ein Zehntel der kenianischen Bevölkerung. Während die Kikuyu im Zentrum des Landes leben, in der Region um das Mount-Kenia-Massiv, stammen die Luo aus dem Westen, von den Ufern des

Victoriasees. Sie fühlen sich seit Jahrzehnten von den Kikuyu diskriminiert. Ihr Anführer Tom Mboya war 1969 von einem Kikuyu ermordet worden; vergessen haben die Luo dieses Attentat bis heute nicht.

Raila Odinga ist ein hochgewachsener, charismatischer Mann. Er spricht fließend Deutsch, er hat in den sechziger Jahren in Leipzig und Magdeburg studiert. Sein Vater war unter Kenyatta Vizepräsident. Nachdem Kibaki sich in einer hastig inszenierten Veranstaltung im Garten seines „State House“ vereidigen ließ, rief sich Odinga ebenfalls zum Präsidenten aus. Das führte in Nairobi zu Straßenschlachten mit der Polizei, Barrikaden wurden errichtet, Geschäfte geplündert. Dutzende Tote waren zu beklagen.

Nach den Ausschreitungen suchte auch Odinga nach einer neuen Strategie. Seine Wähler erwarten, dass er um die Macht kämpft, ein weiteres Blutbad aber muss er vermeiden. „Wir haben drei Möglichkeiten“, sagte der Oppositionschef an seinem

„Unheimlich brutal“

Die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai, 67, über den Ausbruch der Gewalt und Wege aus der Krise



Die Biologin und Umweltaktivistin Maathai wurde nicht nur durch ihr Sozialprojekt gegen die Versteppung des Landes bekannt, sondern auch durch ihr furchtloses Eintreten gegen das hochkorrupte Regime des langjährigen Präsidenten Daniel arap Moi. 2002 wurde sie ins Parlament gewählt und kurz darauf Vize-Umweltministerin. 2004 erhielt sie als erste Afrikanerin überhaupt den Friedensnobelpreis.

SPIEGEL: Frau Maathai, Kenia wird von heftigen Unruhen erschüttert. Wie kann die Gewalt gestoppt werden?

Maathai: Insbesondere die Opposition muss ihre Leute jetzt zur Besonnenheit aufrufen. Sie muss ihre Anhänger dazu bringen, mit den Plünderungen, den Morden, den Zerstörungen aufzuhören. Die Führer der Opposition müssen in ihrer eigenen Sprache zu ihren Leuten sprechen, sie haben großen Einfluss. Die Zeit drängt, denn irgendwann haben wir ein Niveau erreicht, wo die Gewalt sich verselbständigt und nicht mehr gestoppt werden kann.

SPIEGEL: Ist denn nur die Opposition für die Gewalt verantwortlich?

Maathai: Natürlich nicht ausschließlich, aber die Morde wurden bisher hauptsächlich von Sympathisanten der Opposition, des „Orange Democratic Movement“, begangen.

SPIEGEL: Überrascht Sie dieser Ausbruch von Gewalt?

Maathai: Er macht mich unendlich traurig. Ich hätte nicht gedacht, dass es in

Kenia passieren kann, dass Menschen in eine Kirche getrieben und angezündet werden. Diese Gewalt ist unheimlich brutal, sehr stark, sehr spontan. Und dennoch hat sich so eine Entwicklung abgezeichnet. Das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, ist in weiten Teilen der Bevölkerung schon lange sehr stark ausgeprägt.

SPIEGEL: Woran liegt das?

Maathai: Politik wird in diesem Land, besonders aber von der Regierungspartei, sehr stark entlang ethnischen Linien gemacht. Angehörige anderer Volksgruppen als die der Kikuyu fühlen sich ausgestoßen, vernachlässigt. Die Krise, die sich derzeit verschärft, begann vor fünf Jahren, als Kibaki die Regierung übernahm.

SPIEGEL: Sie waren selbst in seinem Kabinett.

Maathai: Ja, aber ich habe immer gesagt: Hört mit dieser einseitigen Politik auf. Der Kurs der Regierung hat das Land geteilt. Das wurde besonders beim Streit um die neue Verfassung deutlich. Diese hätte Kibaki noch mehr Macht beschert. Zum Glück fiel sie bei einem Referendum durch. Danach bin ich aus der Regierung ausgeschieden.

SPIEGEL: Wie bewerten Sie den Ablauf dieser Wahlen?

Maathai: Ich finde es sehr merkwürdig, dass die Parlamentswahl ganz klar von der Opposition gewonnen wurde, die Präsidentenwahl jedoch von Kibaki. Aber die Hauptverantwortung trägt die Wahlkommission. Die hat ihren Job nicht ordentlich gemacht, sie kam viel zu spät mit ihrem Ergebnis. Der ganze Vorgang war nicht transparent. Man hätte die Zählung direkt an den Wahlstationen öffentlich bekannt machen sollen, um zu verhindern, dass in Nairobi plötzlich – wie geschehen – ganz andere Zahlen vorgelegt werden. Aber wer jetzt gewonnen hat? Keine Ahnung. Es kann jeder von beiden gewesen sein.

SPIEGEL: Raila Odinga hat Neuwahlen innerhalb von drei Monaten gefordert, bis dahin könne er sich eine Übergangsregierung vorstellen.

Maathai: Das halte ich für einen vernünftigen Vorschlag. Aber drei Monate scheinen mir zu kurz. In einem halben Jahr könnte das gehen.



YASUYOSHI CHIBA / AFP

Leichenschauhaus in Kisumu, Westkenia: „Wir töten jeden Kikuyu“

Parteisitz, dem „Orange House“: „Wir können zivilen Ungehorsam üben, wir können durch unsere Mehrheit im Parlament Politik machen, wir können das Gericht anrufen.“

Zähe Parlamentsarbeit käme in den Augen seiner Anhänger einer Kapitulation gleich. Ziviler Ungehorsam könnte andererseits zu weiterem Chaos führen. Odinga will das vermeiden, klein beigeben aber nicht. Er verglich Kibaki vergangene Woche mit dem ugandischen Massenmörder Idi Amin, den „Wahlsieg“ seines Kontrahenten nannte er einen „zivilen Putsch“.

Als die für vergangenen Donnerstag angekündigte Demonstration seiner Anhänger in Nairobis Innenstadt von schwerbewaffneten Polizisten auseinandergeschüttelt wurde, rief Odinga sofort zum nächsten Protestmarsch einen Tag später auf. Zustände kam der nicht. Aber es reichte, um die Nervosität in Nairobi aufrechtzuerhalten. Zwar machten Freitag zögerlich erste Geschäfte wieder auf, doch wurden Lebensmittel und Treibstoff durch Hamsterkäufe knapp. 180 000 Menschen im Land sind laut Angaben eines Unosprechers auf der Flucht, eine halbe Million Kenianer nun auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Dass Kibaki den internationalen Druck lange ignorieren kann, ist eher unwahrscheinlich. Selbst die Amerikaner, die ihm voreilig zum Wahlsieg gratuliert hatten, ruderten zurück. Sie sehen in Kibaki zwar einen treuen Verbündeten im Kampf gegen den Terror; nachdem der Protest gegen den Staatschef aber lauter wurde, rückten sie von dem Autokraten wieder ab.

Trotzdem: Eine tragfähige Lösung des Konflikts war bis zum Wochenende nicht in Sicht. Die Nachzählung der Wahlstimmen hält selbst Desmond Tutu für wirkungslos. Nach dem Chaos der letzten Tage ließe sich das wirkliche Ergebnis des

Urnengangs kaum noch rekonstruieren, glaubt der Bischof. Eine Koalition der „nationalen Einheit“ zwischen Odinga und Kibaki scheint ebenfalls fraglich – weil dieses Experiment schon einmal gescheitert ist.

Raila Odinga war der Schmiid jenes Regenbogen-Bündnisses, das Kibaki vor fünf Jahren an die Macht brachte. Doch als der erst einmal Präsident geworden war, brach er das Versprechen, Odinga zum Premierminister zu machen. Er besetzte die wichtigsten Posten mit Kikuyu und gab sich derart hemmungslos der Selbstbereicherung hin, dass der ehemalige britische Hochkommissar Edward Clay formulierte, die derzeit Regierenden seien so arrogant gierig, dass sie sich „wie Vielfraße“ den Magen vollschlugen.

Dass afrikanische Führer wie Kibaki auf westliche Kritik oft allergisch reagieren,

hatte jüngst erst der EU-Afrika-Gipfel in Portugal gezeigt. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel dort Simbabwe Diktator Robert Mugabe rügte, wies Senegals Präsident Abdoulaye Wade die Deutsche böse zurecht: Niemand könne sagen, dass die Menschenrechte in Simbabwe stärker verletzt würden als in anderen afrikanischen Ländern, argumentierte Wade.

Ausgerechnet die stetig fließende Entwicklungshilfe hat das Mittel des diplomatischen Drucks ohnehin relativiert. Außer Simbabwe werden fast alle afrikanischen Diktaturen vom Westen alimentiert – fast immer mit der Begründung, eine Einstellung der Hilfe schade in erster Linie den Bedürftigen.

Im Fall Kibaki kommt hinzu, dass Kenia der Weltgemeinschaft bislang als Hort der Stabilität in Afrika erschien – vor dem Hintergrund einer noch viel düsteren Nachbarschaft. Erst herrschte in Uganda Krieg, dann begann das Völkermorden in Ruanda, schließlich nahmen die Bürgerkriege im Kongo, in Somalia und im Sudan ihren Lauf. Die alarmierenden Zustände im Innern Kenias wurden vom Westen geflissentlich übersehen.

Während sich nun in Nairobi Vermittler die Klinke in die Hand geben, scheinen außerhalb der Hauptstadt die ethnischen Abrechnungen noch nicht vorbei zu sein. Rund um Eldoret haben vergangenen Donnerstag mit Messern und Macheten bewaffnete Männer von der Volksgruppe der Kalenjin brennende Straßensperren errichtet. Sie kontrollieren die Autos – auf der Suche nach verhassten Kikuyu.

Zur gleichen Zeit bilden sich vor der Polizeistation endlose Autokonvois, Hunderte Kikuyu campieren seit Tagen auf dem Gelände. „Letzte Woche kam ein Kalenjin zu unserem Haus und kündigte an, sie würden bald mich und meine Familie töten“, sagt Joe Kamau, 37. Er packte seine Sachen, nahm die drei Kinder und suchte Zuflucht in der Polizeistation. Kamau will nach Nairobi.

Vor der Kirche in Kiambaa stochern Mitarbeiter des Roten Kreuzes währenddessen in den Resten der Brandstätte. 13 verkohlte Leichen finden sie – von Kleinkindern und Säuglingen, der jüngste vielleicht zwei Monate alt. Die ermordeten Väter liegen noch vor dem Gotteshaus.

Sie hatten versucht, ihre Familien zu beschützen. Dafür mussten sie sterben.

THILO THIELKE

